

# Münzte auf der Flucht!

Die Empörung über Politikerverhalten ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Traditionell kommen linke Politiker schlechter weg, als ihre rechten Kollegen. Gregor Gysi trat als Berliner Wirtschaftssenator zurück, weil er sogenannte Bonusmeilen privat genutzt hatte. Er verzichtete damit auf Gehalt, Dienstwagen und andere Annehmlichkeiten eines Senators. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen machte sich des gleichen Vergehens schuldig (14.000 DM für einen privaten Asientrip), trat als Fraktionsvorsitzender zurück und wurde Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, verbesserte sich also!



**Gysi** warf man „Flucht aus der Verantwortung“ vor, über Rezzos Flucht in das warme Staatsnest, wurde verständnisvoll geschwiegen.



**Oskar Lafontaine** soll der zweite „Flüchtling“ sein. Nachdem er als Minister und Parteivorsitzender keine Unterstützung für seine Politik fand, trat er von beiden Ämtern zurück.



Wüste Beschimpfungen waren die Folge. Flucht aus der Verantwortung war noch der mildeste Vorwurf. Anders bei Münzte. Er konnte sich im SPD-Parteivorstand mit seinem Vorschlag für den Generalsekretär nicht durchsetzen. Er glaubte wohl, der Generalsekretär der SPD sei seine Vorzimmerdame zum Kaffeekochen.

Anstatt auf dem Parteitag für seinen Vorschlag zu kämpfen, trat er als Parteivorsitzender zurück und flüchtete in das warme Nest eines Ministers. Unter dem Schutz von Angie, denkt er sich jetzt immer wieder neue Schweinereien gegen das Volk aus. Der wahre Flüchtling heißt Münzefering!!!





Nachdem Münte und Schröder die SPD ruiniert, tausende SPD-Mandatsträger um ihre politische Existenz brachten und einen grandiosen Wahlbetrug begingen, machen Sie sich jetzt vom Acker. Schröder geht mit einem goldenen Handschlag (über 300.000 Euro „Politiker-Hartz IV-Übergangsgeld“) und einer opulenten Pension in Rente. Münte geht zur Aufbesserung seiner kärglichen Partei- und Abgeordnetenbezüge als Vizekanzler in die Regierung. Beide machten sich vom Acker, als es ernst wurde. Die Feldarbeit war ihnen auf Dauer zu schwer.

Münte,  
macht sich  
vom Acker!



#### Renten-Irrsinn

**Müssen wir am Ende streiken, um bis 67 arbeiten zu dürfen?**

**Weil viele Arbeitsverträge nur bis 65 gehen, drohen hohe Renten-Einbußen**

Berlin - Die Rente mit 67 wird zur Kürzungsfalle. Millionen Beschäftigten drohen Abzüge bei der Altersversorgung. Grund: In ihren Arbeitsverträgen steht, dass sie mit 65 in Ruhestand gehen müssen. Daran hat Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) offenbar nicht gedacht. Und so stehen wir vor einer völlig absurden Situation. Müssen wir jetzt streiken, damit wir bis 67 arbeiten dürfen? Der Renten-Irrsinn wird immer augenscheinlicher..... Wie will Münte das Versicherten beibringen, die ihr Leben lang brav in die Rentenkasse einzahlten? Er gerät schon bei den eigenen Leuten in Erklärungsnot. **SPD-Vize Ute Vogt:** „Für Menschen, die jahrelang schwer arbeiten, müssen andere Regelungen her.“ Auch ihr Kollege **Kurt Beck** hatte klar gemacht, dass Dachdeckern oder Nachtschwestern eine so lange Lebensarbeitszeit nicht zuzumuten ist.

Die Rente mit 67 war gestern auch Reizthema im Bundestag auf Antrag der Linkspartei.

**Fraktionschef Oskar Lafontaine zu längeren Arbeitszeiten: „Schlicht schwachsinnig.“ Er frage sich, ob die Regierung noch wisse, „was in der Wirklichkeit des Landes überhaupt passiert.“** 10.02.2006

#### **Neuer Hartz-Käse** *Von Peter Brinkmann*

Wer arbeitslos ist, ist schon arm dran. SPD-Vizekanzler Franz Müntefering sorgt jetzt dafür, dass es den jungen Hartz-Empfängern noch schlechter geht. Er kürzt ihnen das staatliche Almosen, ALG II genannt. So hatte ich mir staatliche Fürsorgepolitik nicht vorgestellt. Gerade die ganz jungen Arbeitslosen, die auf Grund ihres Alters eben keine Rücklagen bilden konnten oder auf einigermaßen gefüllte Spargbücher zurückgreifen können, sind auf die paar Euros angewiesen. Für den Sozialstaat Deutschland ist das ein Armutszeugnis. Für die SPD besonders. Die Partei verliert dabei ihr soziales Gewissen. 13.02.2006



## Renten-Irrsinn

# Müssen wir am Ende streiken, um bis 67 arbeiten zu dürfen?

Weil viele Arbeitsverträge nur bis 65 g  
Renten-Einbußen



Berlin - Die Rente mit 67 wird zur Kürzungsfalle. Millionen Beschäftigten drohen Abzüge bei der Altersversorgung. Grund: In ihren Arbeitsverträgen steht, dass sie mit 65 in Ruhestand gehen müssen. Daran hat Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) offenbar nicht gedacht. Und so stehen wir vor einer völlig absurden Situation. Müssen wir jetzt streiken, damit wir bis 67 arbeiten dürfen? Der Renten-Irrsinn wird immer augenscheinlicher. Beim Blick in den Arbeitsvertrag steigt Millionen Beschäftigten die Zornesröte ins Gesicht. Dort steht schwarz auf weiß, dass ihr Beschäftigungsverhältnis automatisch mit dem Erreichen des 65. Lebensjahrs endet. Diese Regelung gilt für fast alle Manteltarifverträge der großen Branchen: Metall- und Elektroindustrie, öffentlicher Dienst, Großhandel, Banken, Druckindustrie. Reinhard Bispinck vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI): „Ohne eine Neuregelung bedeutet dies, dass die betroffenen Arbeitnehmer Rentenabschläge in Kauf nehmen müssen, weil sie mit 65 vorzeitig in Rente gehen müssen“. Wie will Münte das Versicherten beibringen, die ihr Leben lang brav in die Rentenkasse einzahlten? Er gerät schon bei den eigenen Leuten in Erklärungsnot. SPD-Vize Ute Vogt: „Für Menschen, die jahrelang schwer arbeiten, müssen andere Regelungen her.“ Auch ihr Kollege Kurt Beck hatte klar gemacht, dass Dachdeckern oder Nachtschwestern eine so lange Lebensarbeitszeit nicht zuzumuten ist.

Die Rente mit 67 war gestern auch Reizthema im Bundestag auf Antrag der Linkspartei.

**Fraktionschef Oskar Lafontaine zu längeren Arbeitszeiten: „Schlicht schwachsinnig.“ Er frage sich, ob die Regierung noch wisse, „was in der Wirklichkeit des Landes überhaupt passiert.“**

10.02.2006

## Neuer Hartz-Käse *Von Peter Brinkmann*

Wer arbeitslos ist, ist schon arm dran. SPD-Vizekanzler Franz Müntefering sorgt jetzt dafür, dass es den jungen Hartz-Empfängern noch schlechter geht. Er kürzt ihnen das staatliche Almosen, ALG II genannt. So hatte ich mir staatliche Fürsorgepolitik nicht vorgestellt. Gerade die ganz jungen Arbeitslosen, die auf Grund ihres Alters eben keine Rücklagen bilden konnten oder auf einigermaßen gefüllte Spargbücher zurückgreifen können, sind auf die paar Euros angewiesen. Für den Sozialstaat Deutschland ist das ein Armutszeugnis. Für die SPD besonders. Die Partei verliert dabei ihr soziales Gewissen.

13.02.2006



Schöne Aussichten für die Männer vom Bau: Mit 67 noch munter auf Gerüsten herumturnen. Wie soll das gehen?

